Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 1

Artikel: Perspektiven der Weltwirtschaft
Autor: Treu, Konrad
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332072

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sich nicht empfehlen würde, ihre Festsetzung der völlig freien Verfügung der Produzenten zu entziehen: schon das Bestreben, ein gegenseitiges Sichunterbieten schweizerischer Firmen gegenüber ausländischen Käufern zu verhüten, müßte uns dazu veranlassen. Doch wären Höchstpreise auf dem freien Auslandmarkte sinnlos, und das Festlegen verbindlicher Mindestpreise während einer gewissen Zeitdauer müßte der schweizerischen Industrie volkswirtschaftlich wertvolle Aufträge entgehen lassen. Die definitive Preisbestimmung wird hier nur von Fall zu Fall durch die eigentlichen Handelsorgane — die der Plan im übrigen den Direktorien unterstellt — erfolgen und sich wohl auf bestimmte von den Direktorien erteilte Richtlinien, nicht aber auf starre Ansätze stützen können.

Ist die im »Plan der Arbeit« vorgeschlagene industrielle Organisation gerade zur dauernden Behebung der Nöte des Tages grundsätzlich für alle Zweige der Industrie notwendig, wie wir aufgezeigt zu haben glauben, so ist im Grunde genommen eine Diskussion darüber, ob sie nicht zu schematisch sei, überflüssig. Wir können uns daher gegenüber dem Vorwurfe des Schematismus auf die Bemerkung beschränken, daß der Rahmen, den der Plan zeichnet, wahrhaftig weit genug ist, um den Direktorien volle Freiheit, sich den allerverschiedensten Bedingungen anzupassen, zu gewährleisten. Die Zuweisung der Produktionskontingente beispielsweise kann in Industriezweigen mit übersichtlichem, nahezu fest vorausberechenbarem Absatz (z. B. Baugrundstoffindustrie) für eine längere Zeitdauer erfolgen, während in andern Industrien, vor allem der Fertigfabrikation, ein häufigeres Neufestsetzen der Produktionsmengen entsprechend den schwankenderen Nachfrageverhältnissen nötig sein wird. Sogar die Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse in der Exportindustrie, für die im Plan ausdrücklich der Vorbehalt einer, soweit nötig, besondern Regelung gemacht wird, dürfte nach unserer Auffassung durchaus innerhalb des im Plane vorgesehenen organisatorischen Aufbaus möglich sein.

Der »Plan der Arbeit« ist ein Diskussionsentwurf, der im einzelnen verbesserungsfähig sein mag, in dem vielleicht manches deutlicher ausgedrückt werden könnte, manches zu ergänzen wäre. Aber die Behauptung, er hafte zu einem guten Teil im Bereiche des Ideologischen und sei nicht realisierbar, müssen wir mit aller Bestimmtheit als gegenstandslos zurückweisen, solange Dr. Walter nicht imstande ist, uns durch die Schärfe seiner Argumente zu überzeugen.

Perspektiven der Weltwirtschaft

Von Konrad Treu.

Ende 1932 hat die Weltproduktion ihren tiefsten Stand erreicht. Ihr Index ist seither von 67 auf 85 gestiegen. Ebenso hat die Weltarbeitslosigkeit in dieser Zeit einen nicht unerheblichen Rückgang er-

fahren, selbst wenn wir die notwendigen Korrekturen an den gefälschten Statistiken der faschistischen Länder, wie Deutschland und Italien, vornehmen. Schließlich hat auch der Welthandel zum erstenmal seit Beginn der Krise einen leichten Anstieg erfahren. Mengenmäßig ist der Umfang des Welthandels im Jahre 1933 um ein bis zwei Prozent gestiegen. Aber gerade an diesem Punkt zeigt sich die Eigenart der weltwirtschaftlichen Situation: gegenüber dem Produktionsanstieg ist der Welthandel weit zurückgeblieben, und das Bild wird noch ungünstiger, wenn wir statt der Warenmengen, die im Welthandel ausgetauscht werden, die Wertmengen setzen. Dann ergibt sich nämlich noch für das Jahr 1933 ein weiterer Rückgang um nicht weniger als 10 Prozent des Goldpreises der umgesetzten Waren. Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Tatsachen ziehen?

Die Agrarkrise.

Der beherrschende Faktor der gesamten Weltwirtschaft ist die Agrarkrise, die seit Kriegsende besteht. Ihr Ursprung liegt einerseits in der gewaltigen technischen Umwälzung der Landwirtschaft, die uns erlaubt, von einer wahren Agrarrevolution zu sprechen; anderseits in der Entwicklung der überseeischen Landwirtschaft während des Krieges. Als damals die europäische Bauernschaft auf den Schlachtfeldern stand, übernahmen die Farmer der Uebersee die Aufgabe, den Produktionsausfall zu decken. Nach Kriegsende, als die europäische Landwirtschaft sehr bald wieder ihren Vorkriegsstand erreichte, stand die Welt einer riesigen Ueberproduktion gegenüber, die sich auf alle wesentlichen agrarischen Produkte erstreckte.

Die 1929 einsetzende industrielle Krise mußte die Agrarkrise noch verschärfen. Die Nachfrage nach den landwirtschaftlichen Rohstoffen der industriellen Produktion ging gewaltig zurück, der Preissturz der Agrarprodukte wurde gesteigert, die Preisschere zwischen Industrie und Landwirtschaft noch vergrößert, das heißt das Preisniveau der landwirtschaftlichen Produkte fiel noch erheblich tiefer als das der industriellen Erzeugnisse.

Die Erholung der industriellen Produktion hat die Preisschere zugunsten der Landwirtschaft etwas abgebaut. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohstoffen stieg. Dagegen ist das Jahr 1933 für den Absatz der Lebensmittel unerfreulich geblieben. Ihr Anteil am Welthandel ist weiter um 8 Prozent zurückgegangen. Das hängt mit einer Entwicklung zusammen, die für die Zukunft der Weltwirtschaft von weittragender Bedeutung sein wird. Während in einer Reihe der großen überseeischen Exportländer Anstrengungen gemacht wurden, die Erzeugung von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen einzuschränken, ist die Erzeugung in den wichtigsten Importländern eher gestiegen, so daß die Verminderung der Produktion in den Exportländern durch die Entwicklung der Erzeugung in den Importländern wettgemacht wurde. Damit kommt aber der Austauschmechanismus, auf dem die Weltwirtschaft beruht, immer mehr ins Schwanken. Der Absatz an Industrieprodukten in den Agrarländern geht zurück, wenn

diese nicht ihrerseits ihre Agrarprodukte an die Industriestaaten verkaufen können. Die Weltwirtschaft löst sich in Gruppen auf, zwischen denen nur der Spitzenbedarf durch Austausch geregelt wird.

Daran dürfte auch der außerordentlich ungünstige Ausfall der Ernte 1934 kaum viel ändern. Zwar wird die Produktion in den Vereinigten Staaten und Kanada sowie in den osteuropäischen Agrarländern erheblich zurückgehen. Aber dieser Ausfall kann ohne weiteres aus den gewaltigen Vorräten gedeckt werden, die in den letzten Jahren durch Staatsintervention vom Markt zurückgehalten wurden. Ueberdies handelt es sich um einen durch außerordentliche und vorübergehende Umstände verursachten Rückgang der Weltagrarproduktion, der auf die Dauer das Grundproblem der Agrarkrise, die gewaltige Steigerung der Produktionskräfte über die Absatzmöglichkeit hinaus, nicht zu lösen vermag. Und schließlich wird nur ein Teil der Agrarländer aus dieser Naturkatastrophe Vorteile ziehen können, vor allem Südamerika, so daß für den Welthandel daraus kein allseitiger Vorteil zu erwarten ist.

Solange aber die Agrarkrise dauert, solange eine vernünftige Proportion zwischen der Erzeugung vor allem von Weizen, Fetten usw. und den Absatzmöglichkeiten nicht hergestellt ist, ist eine Gesundung der Weltwirtschaft undenkbar.

Die Stockung des Kapitalverkehrs.

In den wichtigsten Ländern des Kapitalexports, in den USA., in England, Frankreich, der Schweiz und Holland, bewegt sich der Zinsfuß seit langem um 2 bis 3 Prozent. Daneben aber besteht in den kapitalarmen Ländern ein Zinsfuß von 6 bis 9 Prozent, ohne daß auch nur die bescheidenste Tendenz zu einem Ausgleich zu verzeichnen wäre. Das Kapital strömt nicht mehr von den reichen in die armen Länder, sondern begnügt sich mit einer winzigen Verzinsung, nur um die Sicherheit im kapitalreichen Land genießen zu können.

Diese Ueberfüllung des Geldmarktes, das heißt des Angebotes an kurzfristigem Kapital, verbunden mit Mangel an langfristig investiertem Kapital in anderen Ländern, ist allen Krisen eigentümlich. Wesentlich und für die Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft bedeutsamer ist aber, daß sich die Stellung der kapitalreichen Länder im Welthandel nicht unerheblich verändert hat. Vor dem Kriege war England der Hauptkapitalgeber der Welt; nach dem Kriege sind die Vereinigten Staaten in hohem Maße an die Stelle Großbritanniens getreten. Während aber Englands Handelspolitik vor dem Kriege die Verzinsung und Rückzahlung der ausgeliehenen Summen ermöglichte, haben die Vereinigten Staaten ihre Handelspolitik gerade umgekehrt eingestellt. Großbritannien hatte stets eine passive Handelsbilanz, die Schuldner vermochten also ihre Schulden in Form von Waren zurückzuzahlen und zu verzinsen. Die Vereinigten Staaten aber haben durch ihre Handelspolitik stets das Entstehen eines Passivums in ihrem Warenverkehr zu verhindern verstanden, sie haben es daher ihren Schuldnern nicht ermöglicht, ihre Schulden abzutragen.

Wirkt diese Tatsache auf längere Sicht dem Wiederaufleben des normalen Kapitalverkehrs entgegen, so führt die Abschnürung der kapitalarmen Länder von der Kapitalzufuhr aus den reichen Staaten dazu, daß alle Ankurbelungsversuche isoliert von der Weltwirtschaft vor sich gehen, diese also immer mehr zersetzen.

Seit 1931 ist der internationale Kapitalverkehr durch die Währungskrise aufs schwerste beeinträchtigt. Einzelne Ländergruppen haben, jede für sich, eine neue Währungsgrundlage gesucht oder sind — was für die Weltwirtschaft noch schlimmer ist — noch immer daran, sie zu suchen. An die Stelle der Goldwährung, einst das einigende Band der gesamten Weltwirtschaft, ist eine Reihe von Währungsgruppen getreten, zwischen denen der Warenaustausch immer schwieriger, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit immer unmöglicher wird.

»Ankurbelung« ohne Weltwirtschaft?

Darin liegt nun das wesentlichste Merkmal der Wirtschaftspolitik in allen Ländern: daß — seit dem Scheitern der Londoner Weltwirtschaftskonferenz — überall, wo Versuche der Wirtschaftsanregung unternommen werden, dies autark, im nationalen Rahmen, ohne Rücksicht auf weltwirtschaftliche Bedürfnisse geschieht.

Die drei großen Beispiele: Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten deuten alle in die gleiche Richtung.

Deutschland hat durch ein kompliziertes System von Dumping und staatlicher Schuldenwirtschaft versucht, die Wirtschaft »anzukurbeln«. Es hat einerseits den Hauptteil seines Außenhandels in entwerteten Währungen durchgeführt, anderseits die kommenden Staatseinnahmen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung in so hohem Maße vorbelastet, daß der Staatsbankerott in nicht allzu ferner Zukunft unausweichlich erscheint, wenn nicht bis dahin die große Wendung in der Weltwirtschaft kommt. Das Ergebnis war, daß Deutschland seine Zahlungsbilanz unerhört verschlechterte und, wenn auch nicht formell, so praktisch seine Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem Ausland anmelden mußte.

Japan hat durch eine Verbindung von Währungsentwertung und sozialem Dumping geradezu als Sprengstoff in der Weltwirtschaft gewirkt. Sein Anteil an der Weltausfuhr ist selbst gegenüber dem Hochkonjunkturjahr 1929 noch gestiegen, die Eroberung neuer Märkte hat sich auch in diesem Jahre noch fortgesetzt.

Die Vereinigten Staaten haben durch die Abwertung des Dollars ihr Preisniveau wieder auf ein vernünftiges Maß erhöhen wollen. Zugleich aber tragen sie ständig neue Unruhe in die Währungssituation der Welt und verhindern damit die Schaffung neuer Grundlagen, von denen aus ein weltwirtschaftlicher Aufstieg erfolgen könnte.

Vor allem für Deutschland, aber auch für die Vereinigten Staaten, gilt, daß selbst der innerstaatliche Erfolg dieser Ankurbelungspolitik reichlich zweifelhaft ist. Nur Japan kann von ernsthaften Fortschritten sprechen, die allerdings mit einer unerhörten Verelendung der Arbeiter- und Bauernmassen — und mit einer gefahrvollen Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze teuer genug bezahlt werden. In allen

drei Fällen aber hat die Weltwirtschaft die Kosten dieser staatlich subventionierten Konjunkturpolitik tragen müssen. Inwieweit Deutschland angesichts seiner Kapitalarmut seine Politik der expansivsten Arbeitsbeschaffung fortsetzen können wird, ist zweifelhaft. Schon jetzt steht aber eindeutig fest, daß die erhoffte Ankurbelungswirkung für die Privatwirtschaft ausgeblieben ist, ja noch mehr, daß die Privatwirtschaft infolge der Devisenknappheit Einschränkungen in ihrem Produktionsumfang ausgesetzt wird. Schon drohen Produktionseinschränkungen in der Textilindustrie und in manchen Zweigen der Metallverarbeitung.

Wirtschaftsgruppen.

Die drei genannten Tatsachen: Agrarkrise, Lähmung des Kapitalverkehrs und Währungskrise sowie schließlich die Versuche autarker Ankurbelungspolitik führen alle in die gleiche Richtung: zur Aufspaltung der Weltwirtschaft in isolierte Gruppen.

Die wichtigste derartige Gruppe ist das britische Weltreich. Seit 1931 ist der innere Warenaustausch zwischen den einzelnen Gliedern des Britischen Reiches nicht unerheblich intensiver geworden. Zwar blieb der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Empire zweifellos hinter den Erwartungen der englischen Imperialisten weit zurück, und gerade die jüngsten Reibungen zwischen der englischen Textilindustrie und Australien zeigen, auf welche Widerstände auch nur Bestrebungen in der Richtung eines »Reichsfreihandels«, das heißt des Abschlusses des Reiches von der übrigen Welt, stoßen. Dennoch ist der Anteil des Reichshandels am Welthandel seit 1931 von 26,7 auf 28 Prozent gestiegen, der Anteil an der Weltausfuhr von 23,8 auf 27,2 Prozent.

Nicht weniger deutlich ist das Bild, das uns die gesamte Pfund-Sterling-Gruppe bietet, also die Gruppe jener Länder, die ihre Währungen etwa ebenso stark entwertet haben wie Großbritannien. Vor der Entwertung, Ende 1929, machte die Ausfuhr dieser Gruppe rund 30 Prozent des Weltexportes aus, fiel dann auf 26 Prozent im Oktober 1931, um nach der Entwertung auf 32 Prozent zu steigen.

Wenn sechs wichtige Papierwährungsländer zusammengefaßt werden, dann zeigt sich, daß ihr innerer Zusammenhalt sehr erheblich gestiegen ist. Sie haben die Einfuhr untereinander von 25,1 Prozent im Jahre 1931 auf 32 Prozent im Jahre 1933 erhöht, die Ausfuhr untereinander von 30,2 auf 35,1 Prozent. Aehnlich hat sich der innere Zusammenhang der Goldwährungsländer verstärkt.

Neben dem Britischen Reich ist das französische und das holländische Kolonialreich ein Block innerer Widerstandsfähigkeit. Der Anteil dieser drei politisch begründeten Gruppen am Welthandel ist seit 1929 von 40,6 auf 43,9 Prozent gestiegen. Mit den Vereinigten Staaten zusammen präsentieren sie mehr als die Hälfte des Welthandels (53,8 Prozent).

Als eines der ernstesten Hindernisse der Erholung der Weltwirtschaft hat sich wohl die Kontingentierungspolitik ausgewirkt, die den

»dreiseitigen« Wirtschaftsverkehr immer mehr zugunsten des zweiseitigen ausschaltet. Typische Beispiele dafür sind Frankreich und die Schweiz. Für Frankreich ist der dreiseitige Wirtschaftsverkehr von 1929 bis 1933 von 23,5 auf 6 Prozent des gesamten Außenhandels zurückgegangen, für die Schweiz in der gleichen Zeit von 11,6 auf 1,7 Prozent. Das ist das zwangsläufige Ergebnis der Wirtschaftspolitik, die nur dort einkaufen will, wo auch verkauft wird — eine begreifliche Notmaßnahme in der Wirtschaftskrise, aber zugleich eine schwere Hemmung der Wiederbelebung der Weltwirtschaft.

Ist aber eine ernsthafte Wirtschaftsbelebung auf die Dauer ohne Wiederherstellung des Weltmarktes denkbar?

In den führenden Industrieländern ist eine volle Ausnutzung der industriellen Kapazität ohne gewaltige Steigerung des Exportes unmöglich. In den überseeischen Agrarländern ist die Existenz der Farmer von dem Maße ihres Exportes in die Industriestaaten abhängig. Alle »Ankurbelungsversuche« müssen ergebnislos bleiben, solange dieser Austausch, auf dem die Zivilisation der Menschheit beruht, nicht wiederhergestellt ist.

Die Rückkehr zu der alten internationalen Arbeitsteilung, wie sie vor 1929 bestanden hat, ist aber gleichfalls unmöglich. Die Krise allein hat sie widerlegt, sie hat aber überdies neue Tatsachen geschaffen, auf deren Grundlage neu aufgebaut werden muß.

Die Struktur der künftigen Weltwirtschaft ist heute noch nicht einmal in ihren Grundzügen ersichtlich. Ja, selbst die Frage, ob es in absehbarer Zeit wirklich eine arbeitsteilige Weltwirtschaft geben wird, ist nicht eindeutig zu beantworten. Nicht nur, daß einmal geschaffene wirtschaftliche Tatsachen und die damit verbundenen Interessen ihr Beharrungsvermögen haben — gewaltige politische Kräfte führen uns von der Weltwirtschaft weg, dem Trugbild der Autarkie zu. Dahinter aber lauern die imperialistischen Kräfte, deren Einfluß in dem Maße steigt, als die politische Herrschaft auch die wirtschaftliche Beherrschung der unterworfenen Völker garantiert.